

Das ungelöste Repräsentationsproblem

Die Skepsis gegenüber ARD und ZDF ist „nur“ ein Ausdruck des Akzeptanzproblems westdeutscher Institutionen im Osten | Von Ilko-Sascha Kowalczyk

Magdeburg ist mal wieder in aller Munde. Die CDU-Fraktion im Landtag weigerte sich, dem Rundfunkstaatsvertrag zuzustimmen. Zunächst ist offenkundig, dass Ministerpräsident Reiner Haseloff mit einem Sprung nach vorn, indem er Innenminister Holger Stahlknecht entließ, die schwarz-grün-rote Koalition vorerst rettete. Noch weiß niemand genau, wie die anhaltinische CDU reagieren wird. Stahlknecht mag zurückgetreten sein als Parteivorsitzender, weg vom Fenster ist er damit noch lange nicht. Interessant ist an diesem Vorgang, dass Stahlknecht ein gebürtiger Westdeutscher ist.

Was hat das alles mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu tun? Abgesehen von dem bekannten Umstand, dass die AfD die Sendeanstalten abbauen und verschwinden lassen will und der Stahlknecht-Flügel der CDU in Sachsen-Anhalt genau deswegen die Nagelprobe inszenierte, um ihre künftige Koalitionswilligkeit zu demonstrieren, geht es praktisch nicht einmal am Rande um den ÖRR. Die jüngsten Umfragen haben erneut gezeigt, welche herausragende Akzeptanz der Rundfunk genießt. Selbst die Feinde der offenen Gesellschaft bevorzugen die Informationsangebote von ARD, ZDF und Deutschlandfunk, um sich auf dem Laufenden zu halten.

Wenn es also nicht um die Öffentlich-Rechtlichen geht, worum geht es dann? Ich fürchte, das Problem ist noch weitaus dramatischer: Die repräsentative Demokratie hat im Osten ein erhebliches Akzeptanzproblem. Der Rundfunk ist „nur“ ein Ausdruck davon. Im Osten blicken viele – je nach Umfrage und Fragestellung zwischen einem Drittel bis zur Hälfte der Menschen – skeptisch bis ablehnend auf das im Grundgesetz



Stadt in Deutschland: „Makdeburk“

verankerte Demokratie- und Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Diese Werte sind seit Jahren und Jahrzehnten ziemlich konstant und immer deutlich niedriger als im Westen, obwohl diese auch dort gesunken sind.

Immerhin, die Hälfte bis zwei Drittel der Ostdeutschen verfechten und unterstützen die repräsentative Demokratie. Zugleich aber: Warum kommen in den Medien, bei ARD, ZDF und dazugehörigen Häusern eigentlich immer vornehmlich jene vor, die beklagen, dort nicht vorzukommen? Die Regierungskommission „30 Jahre Revolution und deutsche Einheit“ mahnte soeben in ihrem Abschlussbericht an, ausgewogener über Ostdeutschland zu berichten.

Dazu gehörte zum Beispiel auch, bestimmte Darstellungsweisen abzustellen: Wenn über einen rassistischen Überfall in Dortmund berichtet wird, so heißt es zutreffend, das oder jenes geschah in Dortmund, meist wird noch der Stadtteil, vielleicht sogar die Straße genannt. Geschieht ein ganz ähnliches Verbrechen in Chemnitz oder

Greifswald, so berichten die Medien nicht aus Chemnitz oder Greifswald, sondern aus Ostdeutschland. So viel Kollektivismus gab es nicht mal im Ulbricht-Regime, wie jetzt den Ostdeutschen häufig angedichtet wird.

Doch nicht nur die 1990 einsetzende Stereotypenbildung über Ostdeutsche und Ostdeutschland durch Westdeutsche in ost- und gesamtdeutschen Medien ist für die Skepsis vieler Ostdeutscher verantwortlich. Viel stärker schlägt zu Buche, dass sie 1990 mit großer Mehrheit ein politisches System herbeiwählten, ohne dass ihnen jemand erklärte, wie es eigentlich funktioniert. Im Überschwang der Ereignisse glaubten viele, das System sei selbsterklärend. Ist es aber nicht, weswegen allen Schülern das politische System der Bundesrepublik beigebracht wird und viele Millionen Euro alljährlich für die politische Bildung ausgegeben werden. In diesen Genuss kamen die erwachsenen Ostdeutschen nach 1990 nicht – sie mussten es sich selbst beibringen oder unterließen es, wie die meisten, weil sie mit Existenzsorgen beschäftigt waren.

Millionenfache Ersterfahrungen mit dem System waren zudem nicht gerade identitätsbildend: Denn für Millionen waren die ersten Begegnungen mit dem neuen Staat nach dem 3. Oktober 1990 Arbeitsämter, Sozialämter, Sozial- und Zivilgerichte. Und sie erlebten, dass ihre Interessen gar nicht so eins zu eins von ihren Abgeordneten vertreten werden konnten, wie sie es erwartet hatten. Große Ernüchterung setzte ein – vor allem ab den 2000er-Jahren, just in dem historischen Moment, als sich die größten Existenzsorgen für viele in neue Zukunftsstränge verwandelten. Das soziale Ankommen im bundesdeutschen Staat verband sich mit einer wachsenden politischen Distanz.

Und nun kommt der öffentlich-rechtliche Rundfunk doch noch ins Spiel. Dort spielte „der Ostler“ im Prinzip mehrere festgelegte Rollen: als Stasi-Opfer oder Stasi-Täter, als Jammer-Ossi, als Neonazi oder als Vertreter einer eigenen Ethnie. Besonders die letzte Nummer war immer besonders grotesk. Gregor Gysi oder Wolfgang Thierse als Protagonisten sollten den Westlern erklären, wie der Ossi tickt. Gefühlt eine Million Mal. Man stelle sich mal vor, ein Flensburger würde im TV als Dauerexperte für Bayern präsentiert werden. Undenkbar! Das Beispiel verweist auf ein Machtgefälle, das sich

ILKO-SASCHA KOWALCZYK
Ist Historiker, war Mitglied der Regierungskommission „30 Jahre Revolution und Deutsche Einheit“, zuletzt erschien von ihm: „Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde“ (Verlag C. H. Beck 2019).

seit Jahrzehnten eben auch bei ARD, ZDF und Co. manifestiert.

Die erwähnte Regierungskommission betont, wie stark das ungelöste Repräsentationsproblem auf Ostdeutschland lastet. An dem Umstand, dass die Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen fast immer im Arbeitsleben denen zwischen Untergebenen und Chefs entsprechen oder der ostdeutsche Mieter fast immer auf westdeutsche Vermieter trifft, wird sich so schnell nichts ändern lassen. Die Kommission schlägt jetzt vor, ostdeutsche Bildungswerke aufzubauen oder Netzwerke für ostdeutsche Eliten zu fördern – beziehungsweise überhaupt erst aufzubauen. Sollte das verwirklicht werden, dauert es noch, bis Ergebnisse zu sehen sein werden.

Bis dahin könnten Journalisten ja das Ihrige beitragen und über den Osten so berichten wie über eine x-beliebige Region in Bayern, Nordrhein-Westfalen oder Schleswig-Holstein. Ich weiß auch schon, wann dies geglückt sein wird. Dann, wenn endlich auch Westmenschen einfache Städtenamen wie Magdeburg, immerhin eine sehr bedeutende Stadt der deutschen Geschichte seit über 1000 Jahren, richtig aussprechen. Stellen Sie sich einmal vor, Ostdeutsche würden Bonn wie den Kassenzettel aussprechen – das Gelächter nähme kein Ende. Aber Magdeburg? Seit Jahrzehnten wird es von vielen Westdeutschen als „Maaaaaagdeburg“ in ARD und ZDF allzu oft bezeichnet, obwohl es mit einem kurzen A „Makdeburk“ ausgesprochen wird. Ganz einfach eigentlich, aber nicht einmal Tom Buhrow schert sich darum, wie zuletzt am 8. Dezember 2020 in der abendlichen „Tagesschau“ zu hören war, als er sich zu Recht über die Vorgänge in der anhaltinischen Landeshauptstadt beklagte.

AUS DEM BANNASKREIS

Reflexionen und Perspektiven



GÜNTER BANNAS

Ist Kolumnist des *Hauptstadtbrieft*. Bis März 2018 war er Leiter der Berliner Redaktion der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.

Ausscheiden

Über Friedrich Merz heißt es derzeit im Merkel-Lager, in Falle seiner Wahl zum CDU-Vorsitzenden und danach der Kanzlerkandidatur sei die Niederlage der Union vorprogrammiert. Er verliere an Zuspruch. In den gezielten Kalkulationen, wer Kanzlerkandidat werden solle, bleiben meist die Ministerpräsidenten Armin Laschet (Nordrhein-Westfalen, CDU) und Markus Söder (Bayern, CSU) übrig. Laschets Name fällt, obwohl er in den Umfragen weit hinten liegt. Söder, der an deren Spitze steht, wird genannt, obwohl er vielfach versichert hat, sein Platz bleibe in Bayern. Seine Anhänger wollen es einfach nicht glauben. Beide aber müssten im Falle des Falles aus der Landespolitik ausscheiden – mit langfristigen Folgen.

In Nordrhein-Westfalen gibt es eine verfassungsrechtliche Besonderheit. Der Ministerpräsident muss Mitglied des Landtages sein. Ein Geeigneter scheint bereit zu sein: Hendrik Josef Wüst, 45 Jahre alt, ehemals Generalsekretär der NRW-CDU und nun Verkehrsminister. Weil die nächste Landtagswahl dort schon im Mai 2022 ansteht, ein Dreivierteljahr nach der Bundestagswahl, müsste der Übergang von Laschet auf Wüst reibungslos verlaufen. Das aber ist nicht gesichert. Die CDU/FDP-Koalition in Düsseldorf verfügt im Landtag nur über eine Einstimmen-Mehrheit. Falls Laschet die Wahl gewinnen würde, müsste er bei Koalitionsverhandlungen in Berlin die Verhältnisse in Düsseldorf bedenken. Vor allem die FDP am Rhein darf sich nicht vernachlässigt fühlen, wenn Laschet Kompromisse mit Grünen oder SPD eingeht. Das Schönste für die FDP wäre natürlich, es käme an der Spree zu Jamaika-Verhandlungen. Via Landespolitik könnte sie zusätzlichen Druck aufbauen.

Auch Söder müsste im Falle des Falles als Ministerpräsident zurücktreten. Einen „geborenen“ Nachfolger hat er nicht. Der aber würde vielleicht auch CSU-Parteichef werden wollen – und werden müssen, will er sich als „Chef“ in München behaupten. In jedem Fall müsste der CSU-Mann Söder als Kanzler – und Vertreter der kleinsten Koalitionspartei – seinen größeren Partnern erhebliche Zugeständnisse machen. So etwas aber kommt in München seit jeher schlecht an. Manche sagen, weil Söder das alles wisse, wolle er lieber in Bayern bleiben. Norbert Röttgen hätte dieses „Problem“ nicht. Über ihn wird in CDU-Kreisen verbreitet, er arbeite sich nach vorn. An diesem Montag tragen Laschet, Merz und Röttgen ihren Wettstreit öffentlich aus.

Gesundheit aller vor Profit weniger

Die Pandemie eröffnet wie ein Brennglas den Blick auf Missstände und Ungleichheiten, national wie international | Von Julia Duchrow

Grund- und Menschenrechte schützen! Dieser Slogan war in letzter Zeit häufiger zu hören – auf Demonstrationen, die sich gegen die Corona-Maßnahmen wandten. Auch wenn diese Meinungsäußerungen und Proteste von der Demonstrationsfreiheit rechtlich geschützt sein mögen, sind sie es, die die Idee der Menschenrechte verkehren. Sie diskreditieren Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie – die dem Schutz der Grund- und Menschenrechte der betroffenen Personen und letztlich von uns allen dienen. Besonders beunruhigend dabei ist, dass die Proteste zusammen mit Gruppierungen aus dem rechtsextremen, rassistischen Umfeld organisiert und durchgeführt wurden.

Was also sind die eigentlichen Gefahren, die den Menschenrechten aktuell drohen? Lassen Sie uns das Argument der Menschenrechte wieder vom Kopf auf die Füße stellen: Menschenrechte bilden die Messlatte für die Bewertung von staatlichen Maßnahmen – auch solcher zur Bekämpfung der Covid-19-Pandemie. Es muss abgewogen werden, beispielsweise das Recht auf Leben und Gesundheit gegenüber dem Recht auf Berufsfreiheit oder Fortbewegung.

Die ergriffenen Maßnahmen müssen immer der Prüfung standhalten, ob der zu erwartende Nutzen im Verhältnis zu den Belastungen, den menschenrechtlichen und grundrechtlichen Einschränkungen steht,

die sie sowohl direkt als auch mittelbar mit sich bringen. Viele der ergriffenen Maßnahmen halten dieser Prüfung stand. Es gibt aber Maßnahmen, die sich als flagrant Verletzungen darstellen. So wurden in Lateinamerika (El Salvador, Paraguay und Venezuela) unverhältnismäßige Quarantäne-Anordnungen erlassen und zehntausende Menschen wochenlang in Einrichtungen festgesetzt, die von der Polizei oder dem Militär bewacht wurden. In El Salvador wurden bis Ende August etwa 16 780 Menschen in solchen Einrichtungen festgehalten. Es gab keinen Rechtsschutz gegen diese Maßnahmen – von ausreichendem Schutz vor Ansteckung ganz zu schweigen.

In einer Reihe von Ländern hat Amnesty International darüber hinaus dokumentiert, dass es bei der Durchsetzung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie zu rechtswidrigen und diskriminierender Gewalt kam. Etwa in Angola, wo die Polizei die Ausgangsbeschränkungen mit Schlagstöcken, aber auch Schusswaffen durch-

setzte und zwischen Mai und Juli mindestens sieben Jugendliche tötete. Regierungen nutzen die Pandemie auch als Deckmantel, um einen Abbau von Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit zu begründen. So wurden in Tansania Journalistinnen und Journalisten, die kritisch über die Pandemie berichteten, mit Strafen belegt.

Teilweise nutzten die Staaten die Covid-19-Pandemie auch als Vorwand für den Ausbau von Überwachung. Das ergaben Amnesty-Analysen von Tracing-Apps in elf Ländern im Nahen Osten, in Nordafrika und Europa. Die App aus Katar beispielsweise ermöglichte die Echtzeitüberwachung der Bewegung aller Nutzerinnen und Nutzer. Nach Bekanntwerden des Amnesty-Berichts wurde sie aus dem Verkehr gezogen.

Staaten müssen verhältnismäßig und diskriminierungsfrei vorgehen. Das ist dann nicht der Fall, wenn etwa Ungarn, Bulgarien und Italien Roma-Siedlungen komplett unter Quarantäne setzen. Gleichzeitig muss ein Staat schutzbedürftige Menschen bei den getroffenen Maßnahmen besonders im Blick haben. Das betrifft ältere Menschen, Menschen mit Vorerkrankungen, die besondere Gefahr laufen, schwere Verläufe der Krankheit zu erleben, aber auch Kinder, deren Recht auf Bildung durch Schulschließungen gefährdet wird. Es betrifft auch geflüchtete Menschen, wenn sie unter verheerenden Bedingungen in Lagern auf den griechischen Inseln leben.

Die Pandemie eröffnet wie ein Brennglas den Blick auf strukturelle Missstände und Ungleichheiten, national wie international. Laut Zahlen des „Center for Disease Control and Prevention“ ist die Wahrscheinlichkeit von People of Color in den USA, an Covid-19 zu erkranken, fast dreimal so hoch wie jene für weiße US-Amerikanerinnen und -Amerikaner. Die Wahrscheinlichkeit, an Covid-19 zu sterben, ist für Schwarze Menschen mehr als doppelt so groß.

Die Covid-19-Pandemie wirkt menschenrechtlich sogar wie ein Brandbeschleuniger. Sie verstärkt die Ungleichheiten zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden. Ein Beispiel ist die Verteilung der Corona-Impfstoffe. Amnesty International und andere Organisationen haben in dieser Woche darauf hingewiesen, dass nach aktuellem Stand neun von zehn Menschen in ärmeren Ländern im nächsten Jahr keinen Zugang zu den Vakzinen haben werden. Reiche Länder hingegen haben sich so viele Impfdosen gesichert, dass sie die gesamte Bevölkerung

nahezu dreimal impfen könnten. Dort muss umgesteuert und das Recht auf Gesundheit aller Menschen geschützt werden. Regierungen sollten sich dafür einsetzen, Impfstoffe zu einem globalen öffentlichen Gut zu machen. Für Pharmakonzerne muss gelten: Gesundheit aller vor Profit weniger.

Am 10. Dezember 1948 wurde die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte verkündet. Sie war die Antwort auf die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs, auf den Holocaust und unermessliches Leid. Die Erklärung macht deutlich: Voraussetzung für Frieden in der Welt ist der Schutz der Menschenrechte aller Menschen – egal welcher Herkunft oder welchen Geschlechts. Sie müssen deswegen auch heute die Antwort in der Krise sein. Nicht als rhetorisches Mittel, um eine Gesellschaft zu spalten und den Grundsatz „survival of the fittest“ zu propagieren, sondern um eine solidarische Gesellschaft zu erschaffen, die auf empathische Weise besonders jene schützt, die verletzlicher sind als andere.

DR. JULIA DUCHROW
leitet die Abteilung Politik und Activism und ist Stellvertreterin des Generalsekretärs von Amnesty International in Deutschland.

Lesen Sie mehr vom *Hauptstadtbrief* – diese Woche:

Henning Hoff rezensiert die jüngste Episode von *The Crown* – *The Brexit*. **Frank Decker** schreibt kurzerhand einen neuen Koalitionsvertrag und **Anne Wizorek** erinnert in ihrer Kolumne *Direktnachricht* daran, dass Tote nicht Shoppen können. Bleiben Sie am besten zu Hause und lesen weiter auf www.derhauptstadtbrief.de.